

Niederschrift über die 9. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.11.2021, 18:00 Uhr, Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Frau Eliza Diekmann	Bürgermeisterin	
stimmberechtigte Mitglieder		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/ Die Grünen	
Herr Dennis Bachmann	CDU	
Herr Sami Bouhari	SPD	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Günter Hallay	Pro Coesfeld	
Herr Ludger Kämmerling	Bündnis 90/ Die Grünen	Vertretung für Herrn Erich Prinz
Herr Dr. Heinrich Kleinschneider	CDU	Vertretung für Herrn Holger Weiling
Herr Tobias Musholt	CDU	
Frau Annegret Nawrocki	FDP	Vertretung für Herrn Michael Fabry
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Peter Sokol	Aktiv für Coesfeld	Vertretung für Herrn Dieter Goerke
Herr Marcel Stratmann	FAMILIE	
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Klaus Volmer	FBL 10	
Herr Theo Witte	FBL 50	
Frau Nicole Bodem		
Herr Jörg Segbert		
Herr Linus Stehr		
Frau Marie Bongers	FB 10	
Gäste		
Frau Charlotte Bernstorff		
Frau Rosa Hoppe		
Herr Thorsten Sterk		

Schriftführung: Frau Marie Bongers

Frau Eliza Diekmann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:38 Uhr.

Frau Bürgermeisterin Diekmann bittet um Einverständnis, den Tagesordnungspunkt „Projekt LOSLand“ als zweiten Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Hierüber herrscht Einvernehmen.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Beteiligungsverfahren LOSLAND-Projekt
Vorlage: 341/2021
- 3 Digitalisierungsstrategie der Stadt Coesfeld
Vorlage: 314/2021
- 4 Haushalt 2022: Budgets 01, 10, 20 und 50 (Teilbereich Ordnung)
Vorlage: 344/2021
- 5 Gründung eines Partnerschaftsvereins Coesfeld - De Bilt
Vorlage: 345/2021
- 6 Satzung der Stadt Coesfeld über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen im Außenbereich (Wirtschaftswege)
Vorlage: 306/2021
- 6.1 Satzung der Stadt Coesfeld über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen im Außenbereich (Wirtschaftswege)
Vorlage: 306/2021/1
- 6.2 Satzung der Stadt Coesfeld über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen im Außenbereich (Wirtschaftswege)
Vorlage: 306/2021/2
- 7 Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Coesfeld i.d.F. der 1. Änderungssatzung vom 08.07.2020
Vorlage: 311/2021
- 8 Regionale Entwicklungsstrategie (RES) der LEADER-Region "Baumberge"
Vorlage: 326/2021
- 9 Sondernutzungsgebühren
Vorlage: 339/2021
- 10 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Veräußerung einer Grundstücksteilfläche
Vorlage: 335/2021
- 3 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Frau Bürgermeisterin Diekmann teilt mit, dass die nächste Sitzung des Rates der Stadt Coesfeld am 16.12. auch wieder in der Bürgerhalle stattfinden wird. In der Bürgerhalle bestehe die Möglichkeit, die Mindestabstände zu wahren und somit einen größtmöglichen Schutz zu bieten.

TOP 2	Beteiligungsverfahren LOSLAND-Projekt Vorlage: 341/2021
-------	--

Herr Sterk von der Organisation Mehr Demokratie e.V. erläutert das Thema „Bürgerräte“ anhand einer Präsentation. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Anschließend erläutert Frau Hoppe, ebenfalls Mitarbeiterin von Mehr Demokratie e.V., das Projekt „LOSland“. Auch hierfür nutzt sie eine Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Nach Vorstellung der beiden Präsentationen kommt es zu Fragen:

Herr Tranel teilt mit, dass die CDU das Projekt grundsätzlich begrüße. Zudem merkt er an, dass es auch in den letzten Jahren schon immer unterschiedlichste Beteiligungsprozesse in Coesfeld gegeben habe. Er stellt heraus, dass es auf kommunaler Ebene keine Regierungspartei gebe und man deshalb abwägen müsse, ob die Einrichtung von Bürgerräten auch auf kommunaler Ebene Sinn mache. Nur weil dies auf Bundesebene der Fall sei, müsse dies nicht automatisch auch für die kommunale Ebene gelten, da ein Stadtrat eigentlich schon ein Bürgerrat sei. Herr Tranel äußert die Vermutung, dass sich ein Bürgerrat nur dann ernstgenommen fühle, wenn anschließend der Stadtrat seinen Empfehlungen auch folge. Es könnte zu Frustrationen kommen, wenn sich der Stadtrat jedoch anders entscheidet, als es sich der Bürgerrat wünschen würde. Abschließend teilt Herr Tranel mit, dass dies alles noch Argumente seien, die in der Fraktion diskutiert werden müssen. Wichtig sei für die CDU die Frage, wie frei der Stadtrat nachher noch in seinen politischen Entscheidungen sei und wie bindend die Empfehlungen des Bürgerrates zu berücksichtigen seien. Neben Diskussionen bspw. um das Thema „Leitbild der Stadt Coesfeld“ hätten die Ratsmitglieder auch viel Kernarbeit zu erledigen. Der Bürgerrat würde dann ggfs. nur ein bestimmtes, spannendes Thema behandeln und dem Stadtrat blieben die restlichen Aufgaben. Da sich das Projekt kostentechnisch selbst trage, könnte der Weg so erst einmal gegangen werden. Die Kosten-Nutzen-Abwägung sei am Ende aber eine entscheidende Frage, die es zu beantworten gelte. Letztendlich werde die Fraktion sich heute Abend enthalten müssen und die Erkenntnisse des heutigen Abends noch einmal in die Fraktion zurück spiegeln.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erklärt, dass es hier eine Möglichkeit sei, das Beteiligungsinstrument der Bürgerräte anhand des Leitbild-Projektes zu testen. Sie teilt mit, dass die Ratsmitglieder nächste Woche die Einladung zum Leitbildworkshop im Dezember erhalten werden.

Frau Hoppe erläutert, dass die Steuerungsgruppe das Gremium sei, das den Stadtrat repräsentiere. Zum Bilden dieser Gruppe würde ausreichend Zeit eingeräumt. Sie stellt heraus, dass durch die Einrichtung dieses Bürgerbeteiligungsverfahrens auch mehr Arbeit und Verantwortung auf die Ratsmitglieder zukäme. Sie sagt, dass ihr Team die Ansicht vertrete,

dass durch diese Art der Beteiligung mehr Menschen bereit seien, sich politisch zu engagieren und sich somit positive Effekte ergeben. Sie sichert eine gute und kompetente Begleitung auf dem gesamten Weg zu.

Herr Hallay teilt mit, dass die Fraktion Pro Coesfeld das Projekt nicht so skeptisch begutachte, wie es die CDU tue. Die aktuellen Bürgerbeteiligungsverfahren fanden bislang eher im Rahmen von Bauleitverfahren statt. Hier gehe es nun aber um die Gesamtentwicklung der Stadt; dies sollte genutzt werden.

Herr Böyer ergänzt, dass es ein spannendes Projekt sei und spricht sich für frühestmögliche Beteiligung der Bürger:innen aus. Am Ende könne immer noch geschaut werden, ob das Projekt weitergeführt werde. Dieses niederschwellige Angebot zur politischen Teilhabe sollte seiner Meinung nach erst einmal geschaffen werden. Man könne dadurch zeigen, dass Kommunalpolitik durchaus spannend sei.

Herr Böyer stellt zudem die Frage, ob eine Mitwirkung im Bürgerrat auch dann möglich sei, wenn Bürger:innen über keine EDV-Ausstattung verfügen.

Frau Hoppe antwortet, dass die Online-Beteiligung keine Pflicht sei. Sollte aber die Software „Adhocracy“ genutzt werden, könnte dies durchaus eine Zugangshürde sein.

Herr Sokol bedankt sich für die Präsentationen und sagt die Unterstützung des Projektes seitens der Fraktion Aktiv für Coesfeld zu. Der Fraktion sei die enge Zusammenarbeit mit den Bürger:innen sehr wichtig.

Herr Dr. Kleinschneider fragt, wie viel Verwaltungskapazität für die Umsetzung gebunden werde. Er sagt, dass er sich wünschen würde, dass durch die Durchführung dieser Beteiligungsform auch das Interesse an der parteipolitischen Arbeit geweckt werde. Er sehe hier jedoch auch die Gefahr, dass genau das Gegenteil passiere. Er stellt außerdem die Frage, ob es sinnvoll sei, direkt von Anfang an in dieses Projekt einzusteigen oder ob es nicht sinnvoller sein könne zu warten, welche Erfahrungsberichte andere Kommunen nach gewisser Zeit vorlegen.

Was die Verwaltungseinbindung betreffe, würden hier Ressourcen für die Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation der Veranstaltungen sowie EDV-Unterstützung beansprucht, erklärt Frau Bürgermeisterin Diekmann. Was die Erfahrungen zu dieser Art von Bürgerbeteiligung betreffe, teilt sie mit, dass das Bundesland Vorarlberg in Österreich diese Art der Beteiligung schon seit zehn Jahren praktiziere.

Frau Hoppe ergänzt, dass auch durchaus Bürger:innen bspw. in die Organisation von bevorstehenden Veranstaltungen mit einbezogen werden können. Außerdem sagt sie, dass die Umsetzung dieser Beteiligungsform meist bewirke, dass die Bürger:innen ein politisches Verantwortungsgefühl entwickeln. Fehler werde es immer geben; Frau Hoppe versichert aber, dass in ihrem Team hohe Kompetenz vorhanden sei. Neu sei lediglich, dass das Team nun nicht mehr von außen steuere, sondern direkt ins Gespräch und in die Interaktion mit der örtlichen Politik und der Verwaltung gehe.

Herr Sterk ergänzt, dass Bürgerräte ein soziodemographisches Abbild der Bevölkerung seien und dass Bürgerräte diejenigen Menschen in die Politik holen, die sich ggfs. bislang eher nicht beteiligt haben. Den Wandel der Bevölkerungsstruktur könne man mit Bürgerräten gerecht werden. Er ergänzt, dass sein Team die Erfahrung gemacht habe, dass die Personen, die einmal im Bürgerrat aktiv waren, auch in Zukunft weiter politisch aktiv sind und bleiben.

Herr Musholt betont, dass die CDU nicht gegen Bürgerbeteiligung sei; ganz im Gegenteil: Die Fraktion war schon immer dafür. Er stellt sich aber die Frage, wodurch die aktuell herrschende Politikverdrossenheit kommt und ob es an dem Umgang der Politiker untereinander liege. Er appelliert daran, dass auch die Politik an sich wieder näher zusammenrücken und mehr gemeinsam arbeiten sollte. Er äußert die Sorge, dass dem Bürger/ der Bürgerin mit diesem Verfahren etwas verkauft wird (bspw. politische Entscheidungskompetenz), was es eigentlich gar nicht ist.

Frau Hoppe sagt, dass man ggfs. weg von dem Begriff „Bürgerrat“ hin zum „Zukunftsrat“ kommen sollte. Sie erläutert zudem, dass der Stadtrat die Fragestellung beschließt, mit der sich der Zukunftsrat dann befassen wird.

Herr Sterk ergänzt, dass die Akzeptanz oft sehr hoch sei, da alle Bevölkerungsgruppen in den Bürgerräten vertreten sind. Damit es nicht dazu kommt, dass der Bürgerrat enttäuscht ist, wenn der Stadtrat seinen Empfehlungen nicht folgt, sei es wichtig ein Konzept zu entwickeln, welches bspw. eine Beitragspflicht oder regelmäßige Feedbackrunden beinhalte.

Herr Nielsen sagt, dass es in Coesfeld neben den formalen Beteiligungsverfahren immer auch Verfahren der Beteiligung gegeben habe, die seinerzeit schon Überschneidungen zu dem jetzigen Projekt aufgewiesen haben. Es sei spannend auch einmal mit Menschen in Gespräche und politische Diskussionen zu kommen, die sonst nicht in politischen Gremien vertreten sind. Auch projektbezogene Zusammenarbeit sei super, um die Bürger:innen für politische Arbeit zu begeistern. Die SPD werde das geplante Vorhaben uneingeschränkt unterstützen.

Herr Tranel sagt, dass die Repräsentativität im Stadtrat auch gegeben sei, obwohl bspw. weniger Frauen als Männer vertreten seien. Wenn über diese Art der Bürgerbeteiligung politisch engagierter Nachwuchs generiert werden könne, sei das super. Für Herrn Tranel müsse aber nichtsdestotrotz geklärt sein, wie mit den Empfehlungen des Bürgerrates umzugehen sei. Die CDU wünsche sich mehr Verständnis für die politische Arbeit. Wenn dies mit diesem Instrument gelingt, sei schon viel für die Demokratie gewonnen.

Herr Hallay bedauert die vorherrschende Skepsis und sichert erneut seine Unterstützung zu diesem Projekt zu.

Frau Albertz bedankt sich bei den Präsentator:innen und sagt, dass sich die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen für eine Partizipation ausspreche. Das Projekt sei ein Lernprozess und ein Lerngeschenk. Die Bevölkerung habe sich gewandelt, weshalb es wichtig sei, ein niederschwelliges Angebot zur politischen Partizipation zu schaffen. Die Fraktion werde das Projekt unterschützen.

Herr Sterk sagt, dass Bürgerräte nicht erwarten würden, dass alles 1:1 umgesetzt wird. Aber sie würden erwarten, gehört zu werden und zu erfahren warum etwas von ihren Vorschlägen nicht umgesetzt wird. Man könne, so Herr Sterk, Entscheidungen bspw. auch als Ratsbürgerentscheidungen lassen. Viele Kommunen und Mitglieder von Bürgerräten würden mitteilen, dass Menschen durch die Teilhabe ein starkes Gruppengefühl entwickeln.

Herr Bücking fragt, wie mit dem Losverfahren sichergestellt werden könnte, dass nachher ein Querschnitt der Bevölkerung in dem Bügerrat vertreten sei.

Frau Hoppe und Herr Sterk erklären, dass es hier ein zweistufiges Losverfahren gebe und dass im ersten Schritt von den Gelosten ein Fragebogen ausgefüllt werden müsse, in dem es Fragen zur Herkunft, Bildungsstand etc. zu beantworten gebe. Nach Auswertung des Fragebogens würde dann ein weiteres Losverfahren durchgeführt.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, dass die Stadt Coesfeld im Rahmen der Bürgerbeteiligung zum städtischen Leitbild als Modellkommune bis Ende 2022 am Projekt LOSLAND teilnimmt. Im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens werden zufällig geloste Bürgerinnen und Bürger miteinander in den Austausch gebracht und zu ihren Vorstellungen für das Leitbild der Stadt Coesfeld befragt. Mittels professioneller Moderation werden konkrete Ideen und Ergebnisse erarbeitet, die anschließend dem Stadtrat als Empfehlungen aus der Bevölkerung vorgelegt werden. Die Empfehlungen sollen Entscheidungen zu kommunalpolitischen Vorhaben für die Zukunft von Coesfeld anreichern und unterstützen. Stadtrat und Verwaltung werden von Anfang an in die Planung einbezogen, um einen Beteiligungsprozess zu gewährleisten, der auf die Bedarfe und Anliegen der Stadt Coesfeld zugeschnitten ist.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	10	0	5

TOP 3	Digitalisierungsstrategie der Stadt Coesfeld Vorlage: 314/2021
-------	---

Herr Klaus Volmer stellt die Digitalisierungsstrategie der Stadt Coesfeld anhand einer Präsentation vor. Diese Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Tranel bedankt sich für die umfangreiche Darstellung. Er äußert seine Freude darüber, dass neben dem Breitbandausbau auch die Digitalisierung innerhalb der Verwaltung so stark vorangetrieben werde. Zusätzlich weist er darauf hin, dass es wichtig sei, dass es genug Fachkräfte gebe, die wissen, wie das entsprechende System, bspw. nach einem Absturz, wieder ans Laufen gebracht wird. Herr Tranel äußert zudem den Wunsch, dass Herr Keßeler einmal im Ausschuss berichtet, welche Entwicklungen es in dem Bereich „smartcity“ gebe. Zusätzlich hat er noch eine Frage zu dem Bereich „Breitbandausbau“: Noch immer gäbe es einzelne Sektoren, die nicht an das Glasfasernetz angeschlossen seien, obwohl sie sich dies wünschen. Er bittet die Verwaltung, hier einmal bei der deutschen Glasfaser nachzufragen, warum diese Haushalte nicht ans Netz angeschlossen werden, obwohl sie in den entsprechenden Polygonen liegen.

Herr Klaus Volmer sagt zu, sich hier zu erkundigen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann teilt mit, dass sie Herrn Ron Keßeler gern für weiterführende Informationen einlade.

Herr Sokol fragt, ob die Server der Cloud-Telefonanlage der Stadtverwaltung außerhalb von Europa lägen.

Herr Linus Stehr von der Schul-IT erläutert, dass dies nicht der Fall sei. Die Rechenzentren seien in zwei deutschen Städten angesiedelt.

Herr Dr. Kleinschneider merkt an, dass auch in Lette der Breitbandausbau vorangetrieben werden müsse. Hier müsse sich die Politik auch aktiv beteiligen. Es dürfe schließlich nicht zu einem Standortnachteil kommen. Zusätzlich fragt er, ob es durch die Digitalisierung der Verwaltung auch zu Einsparung der Ressource Arbeitskraft kommen würde. Außerdem erkundigt er sich, ob die Verwaltung auch für den Ausbau des Mobilfunknetzes verantwortlich sei.

Herr Klaus Volmer teilt mit, dass die Digitalisierung nicht dazu diene Personal zu reduzieren, sondern dabei helfe, dass die Verwaltung auch in Zukunft noch ihre Aufgaben ausführen könne. Digitalisierung ist folglich zwingend notwendig, um auch in Zukunft das Verwaltungshandeln zu gewährleisten. Durch die Digitalisierung werde es zu keiner Einsparung von Personal kommen, sondern eher zu einem Wandel von Aufgaben und Tätigkeitsfeldern.

Herr Jörg Segbert von der IT-Abteilung der Stadtverwaltung teilt ergänzend mit, dass aktuell in Sachen Mobilfunk nichts anliege.

Herr Kämmerling fragt, weshalb das Krankenhaus nicht ans Glasfasernetz angeschlossen sei. Zudem erkundigt er sich nach der Digitalisierung in den Kindergärten und betont, dass die Verantwortung hier nicht nur bei den Kindergartenträgern hängen bleiben dürfe.

Herr Klaus Volmer sagt, dass er sich nicht vorstellen könne, dass das Krankenhaus keinen Glasfaseranschluss habe, sondern vermutet, dass das Krankenhaus voraussichtlich einen Businessvertrag bei einem der beiden Anbieter (1&1 oder TELEKOM) abgeschlossen habe. Zu der Digitalisierung der Kindergärten teilt er mit, dass er hier den aktuellen Stand nicht kenne. Er teilt jedoch ergänzend mit, dass die Deutsche Glasfaser allen Einheiten in den Außengebieten einen kostenlosen Anschluss anbietet. Er vermutet, dass dies auch bei den Kindergärten so sei. Zumindest sei dies bei der Laurentiuschule so gewesen.

Herr Kämmerling sagt, dass er sich hier auf den technischen Support beziehe.

Herr Klaus Volmer verdeutlicht, dass die Stadt Coesfeld nicht Träger der Kindergärten sei und sich deshalb dort nicht einklinken könne.

Herr Kämmerling antwortet hierauf, dass ihm die Gleichheit und die Frühförderung wichtig sei. Er regt an, dass hier ggfs. Vereinbarungen mit den Trägern getroffen werden könnten.

Herr Klaus Volmer sagt zu, dies mit Frau Heitz, Fachbereichsleiterin des Bereichs Jugend, Familie, Bildung und Freizeit, zu besprechen.

Herr Musholt sagt, dass folgendes bedacht werden müsse: Je mehr die digitale Struktur innerhalb einer Verwaltung ausgebaut werde, desto mehr Ressourcen (finanziell und vor allem auch personell) müssten bereitgestellt werden. Die Herausforderungen an die IT würden schließlich immer größer.

Frau Bürgermeisterin Diekmann antwortet darauf, dass dies der Verwaltung durchaus bewusst sei. Sie sagt, dass auch das Thema der (Folge-)Ausstattung im Blick gehalten werden müsse. So sei beispielsweise noch nicht geklärt, wie eine Ausstattung mit Folgegeräten und die Folgefinanzierung dieser (Schul-)Geräte aussehe.

Herr Nielsen bittet darum, deutlich nach Außen zu kommunizieren, was die Bürger:innen letztendlich für Vorteile von der Verwaltungsdigitalisierung haben.

Herr Klaus Volmer antwortet, dass es für die Funktionsfähigkeit des „Inneren“ wichtig sei, Datenbrüche abzuschaffen. Laut OZG müsse die Verwaltung dafür sorgen, dass alle Dienstleistungen auch online angeboten werden. Herr Volmer sagt, dass er persönlich es besser fände, wenn man zunächst nur ein paar Dienstleistungen digital anbieten würde, und diese dann aber reibungslos funktionieren würden.

Herr Tranel fragt, ob der GIGABIT-Koordinator des Kreises einmal im Haupt- und Finanzausschuss erklären könne, wie er die noch bestehenden weißen Flecken schließen will.

Frau Bürgermeisterin Diekmann nimmt diese Anregung mit.

TOP 4	Haushalt 2022: Budgets 01, 10, 20 und 50 (Teilbereich Ordnung) Vorlage: 344/2021
-------	---

Herr Theo Witte erläutert die Änderungen des Budgets des FB 50 anhand einer Präsentation. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Tranel fragt, ob das Parken in nicht gekennzeichneten Flächen in Spielstraßen unter den gleichen Tatbestand falle, wie das Parken auf Gehwegen.

Herr Witte antwortet, dass es sich hier um eine andere Position handele; er aber nicht sagen könne, wie hoch das zu zahlende Bußgeld bei einem Verstoß sei.

Herr Nielsen merkt an, dass dies in vielen Bereichen in Coesfeld ein großes Thema sei, da es so eine große Parkplatznot gebe. Es sollte noch einmal vermehrt darauf hingewiesen werden, dass Parken lediglich in gekennzeichneten Flächen erlaubt sei.

Herr Stratmann erkundigt sich nach dem Feuerwehrstandort West und um welche Fläche es genau gehe.

Herr Witte antwortet, dass es um die Wiese an der Marienburg gehe. Im Rahmen der Erstellung des aktuellen Brandschutzbedarfsplanes habe der Gutachter darauf hingewiesen, dass ein optimaler Standort für das Gerätehaus West in der Nähe des Adenauerringes liegen würde. Herr Witte stellt noch einmal heraus, dass die Feuerwehr zur Erreichung des 1. Schutzzieles lediglich 8 Minuten Zeit habe zwischen Alarmierung und Eintreffen am Einsatzort.

Herr Stratmann merkt an, dass Herr Backs bis jetzt den Standort „Wiese an der Marienburg“ noch nicht bestätigt hatte.

Herr Stadtbaurat Backes erwidert daraufhin, dass die Verwaltung noch immer nach alternativen Standorten gucke.

Frau Bürgermeisterin Diekmann ergänzt, dass die Wiese an der Marienburg, aktuell das konkreteste Grundstück sei.

Herr Witte erklärt, dass die Wiese an der Marienburg das Grundstück sei, für welches die Stadtverwaltung die Kaufoption habe. Es liege zudem für die Übergangszeit die Zusage zum Abschluss eines vierjährigen Mietvertrages für ein anderes Gewerbeobjekt vor, weil der aktuelle Standort zum Jahresende geräumt werden müsse. Im Rahmen der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes, die im folgenden Jahr durchgeführt werden soll, sollen die konkreten Anforderungen an die Erweiterung der Hauptwache Rottkamp als auch an den dauerhaften Standort West ermittelt werden. Im Übrigen verweist Herr Witte darauf, dass für den Ankauf des Grundstücks an der Marienburg ein Ratsbeschluss erforderlich wäre.

Im Anschluss stellt die Citymanagerin Frau Nicole Bodem die Änderungen in ihrem Budget vor. Dies tut sie anhand einer Präsentation; diese ist der Niederschrift als Anlage beigelegt. Zusätzlich erläutert Frau Bodem, dass die Verwaltung plane einen Förderantrag zu stellen. Die Förderung trage den Namen „Schaffung von Innenstadtqualitäten“. Es handele sich hier um Fördermöglichkeiten von 90% der Gesamtsumme und 10% Eigenanteil. Aufgrund der Inanspruchnahme dieser Fördermöglichkeiten, komme es zu Verschiebungen innerhalb der Budgetplanung.

Herr Tranel fragt im Anschluss an die Präsentation, ob die Pflege des Stadtgrüns extern vergeben werden solle oder ob dies in Zukunft Aufgabe des Bauhofs sein werde.

Frau Nicole Bodem antwortet, dass diese Aufgabe extern vergeben werden soll, da der Bauhof das Signal gegeben habe, dass er diese Aufgabe aktuell nicht stemmen könne.

Herr Dr. Kleinschneider fragt, ob es geplant sei, dass Projekt „mobiles Stadtgrün“ auch in Lette umzusetzen und falls nein, weshalb nicht.

Frau Nicole Bodem antwortet, dass es einen Konzentrationsbereich gebe, in dem die Maßnahmen, die gefördert werden, liegen müssen. Sollten Maßnahmen außerhalb dieses Bereiches liegen, erhält die Stadt keine Förderung. Lette liege außerhalb dieses Konzentrationsbereiches. Für Ideen und Anregungen zeige sie sich aber offen.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, den Budgets 01 (Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing), 10 (Zentrale Dienste und Bürgerservice), 20 (Finanzen und Controlling) und 50 (Teilbereich Ordnung) zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	1	0	14

TOP 5	Gründung eines Partnerschaftsvereins Coesfeld - De Bilt Vorlage: 345/2021
-------	--

Herr Hallay bittet zu bedenken, dass Verwendungsnachweise am Ende eines Jahres erbracht werden sollten.

Herr Bücking weist darauf hin, dass über den Beschlussvorschlag 1 c) nicht abgestimmt werden könne. Dies solle und müsse in der entsprechenden Vereinssatzung geregelt werden.

Frau Bürgermeisterin Diekmann äußert ihre Zustimmung.

Der Unterpunkt c) wird folglich aus dem Beschlussvorschlag gestrichen.

Beschlussvorschlag 1:

- a) Es wird beschlossen, die Städtepartnerschaft zwischen der Stadt Coesfeld und der niederländischen Gemeinde De Bilt weiterhin zu stärken und den zukünftigen Partnerschaftsverein Coesfeld - De Bilt zu beauftragen, sich mit der Pflege der Städtepartnerschaft zu befassen.
- b) Es wird beschlossen, dass die Stadt Coesfeld Mitglied in dem unter a) genannten Partnerschaftsverein wird.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, dem zukünftigen Partnerschaftsverein Coesfeld – De Bilt sowie dem Partnerschaftsverein Lette – Plerguer e. V. jährlich mit finanziellen Mitteln in Höhe von jeweils 5.500,00 € pro Verein auszustatten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	15	0	0
Beschlussvorschlag 2	15	0	0

TOP 6	Satzung der Stadt Coesfeld über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen im Außenbereich (Wirtschaftswege) Vorlage: 306/2021
-------	--

Herr Stadtbaurat Backes teilt mit, dass die Verwaltung mittlerweile auch mit den Vertreter:innen der Landwirtschaft gesprochen habe, jedoch habe sich am heutigen Tage (11.11.) noch eine Frage seitens der Vertreter:innen der Landwirtschaft zu § 5.3 der Satzung ergeben: Die Landwirtschaft sei der Meinung, dass bei Mehrfacherschließung ein Nachlass auf 60 % nicht der richtige Wert sei. Dies konnte die Verwaltung heute auf die Schnelle nicht bewerten. Die Verwaltung habe folglich kein „Okay“ der Landwirtschaft zu diesem Teilaspekt erhalten. Hier

brauche es den erneuten Austausch. Die Verwaltung werde hierzu noch eine Ergänzungsvorlage erstellen.

Herr Tranel erkundigt sich, ob die landwirtschaftlichen Ortsverbände den in der Ergänzungsvorlage (Tagesordnungspunkt 6.2) dargestellten Punkten (Stellungnahme der Verwaltung) zugestimmt habe.

Herr Stadtbaurat Backes antwortet, dass aus Lette eine klare Zustimmung signalisiert wurde. Auch aus Coesfeld gäbe es eine positive Tendenz, jedoch noch keine konkrete Zustimmung.

Herr Stratmann erkundigt sich, weshalb Anlieger immer noch 80% der Kosten tragen müssten.

Herr Backes erklärt, dass in der Vorlage und in der Satzung zwar oft von 80% die Rede sei; ein Großteil der Kosten durch den Einheitssatz aber gar nicht mehr bei den Bürger:innen ankäme; hier lägen die Kosten dann bei der Verwaltung.

Herr Nielsen erkundigt sich, ob es noch eine Informationsveranstaltung für die Bürger:innen geben werde, die sich in den vorangegangenen Beratungsprozess miteingebunden haben.

Herr Stadtbaurat Backes teilt mit, dass es vor dem Satzungsbeschluss keine Bürgerversammlung und auch zu den Einzelmaßnahmen später keine Bürgerversammlungen geben soll. Er sagt jedoch zu, nach Beschluss der Satzung diese noch einmal digital zu erläutern und für Rückfragen ein geeignetes Format digital anzubieten.

Herr Stratmann teilt mit, dass er sich enthalten werde, da er sich zunächst noch mit seiner Fraktion besprechen müsse.

Herr Tranel fragt in die Runde, ob es nicht sinnvoll sei, die Entscheidung zu vertagen und auf die endgültigen Informationen aus dem landwirtschaftlichen Bereich zu warten.

Hierüber herrscht Einvernehmen, sodass es zu keiner Abstimmung kommt.

Frau Albertz fragt, ob es für die Entscheidung im Falle einer Mehrfacherschließung festgelegte Kriterien gebe. Sie halte dies für sinnvoll um hier eine Entscheidung im Einzelfall treffen zu können.

Herr Stadtbaurat Backes sagt, dass es sich in diesem Falle um eine Billigkeitsentscheidung handele und es für solche Entscheidungen keine festgelegten Kriterien geben werde. Es gebe tatsächlich einige Betriebe, die beispielsweise an vier Straßen angeschlossen sind. Hier bedürfe es dann einer Einzelfallentscheidung. Solche Entscheidungen würden dann im Vorhinein jedoch gut beraten.

TOP 6.1	Satzung der Stadt Coesfeld über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen im Außenbereich (Wirtschaftswege) Vorlage: 306/2021/1
---------	--

Siehe TOP 6: Die Entscheidung wurde vertagt.

TOP 6.2 Satzung der Stadt Coesfeld über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen im Außenbereich (Wirtschaftswege)
Vorlage: 306/2021/2

Siehe TOP 6: Die Entscheidung wurde vertagt.

TOP 7 Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Coesfeld i.d.F. der 1. Änderungssatzung vom 08.07.2020
Vorlage: 311/2021

Siehe TOP 6: Die Entscheidung wurde vertagt.

TOP 8 Regionale Entwicklungsstrategie (RES) der LEADER-Region "Baumberge"
Vorlage: 326/2021

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die neue Regionale Entwicklungsstrategie (RES) der LEADER-Region „Baumberge“ mitzutragen und alles daran zu setzen, die Finanzierung der Umsetzung sicherzustellen. Dafür stellt die Stadt Coesfeld für die Jahre 2023 – 2029 insgesamt 70.000 Euro zur Verfügung; bezogen auf z.B. 7 Haushaltsjahre wären dies 10.000 Euro/Jahr.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	1

TOP 9 Sondernutzungsgebühren
Vorlage: 339/2021

Frau Albertz erkundigt sich, ob die Möglichkeit der Gebührenerlassung auch für Einzelhändler in Frage käme.

Frau Bürgermeisterin Diekmann antwortet, dass die Aussenaussteller von Einzelhändlern anders zu bewerten seien. Man wolle in Coesfeld besonders die (Außen-)Gastronomie „präsent“ machen und somit den Stadtbesucher:innen auch in dieser schwierigen Situation ein gastronomisches Angebot bieten können.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt, die Erhebung von Gebühren gemäß der Satzung über die Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Straßen in der Stadt Coesfeld – Sondernutzungssatzung – für die örtliche Gastronomie (Position 5) im Kalenderjahr 2022 auszusetzen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 10 Anfragen

Herr Böyer fragt, ob die Information richtig sei, dass zwei von vier Feuerwehrfahrzeugen, die am kommenden Wochenende präsentiert würden, nicht funktionsfähig seien.

Frau Bürgermeisterin Diekmann verneint dies.

Frau Albertz fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, dass es des Öfteren nächtliche Autotreffs und Autorennen in der Kapuzinerstraße gebe und ob man diesen Handlungen Einhalt gebieten könne. Zudem würde es solche Rennen wohl auch in der Bernhard-von-Galen-Straße geben.

Frau Bürgermeisterin Diekmann teilt mit, dass ihr dies nicht bekannt sei. Sie weist darauf hin, dass die Anwohner:innen bei Belästigung jederzeit die Polizei alarmieren könnten.

Herr Kämmerling ergänzt, dass solche Rennen angeblich auch auf der Friedrich-Ebert-Straße stattfinden würden.

gez. Eliza Diekmann
Bürgermeisterin

gez. Marie Bongers
Schriftführerin